

STEIRISCHES
Jahrbuch
für Politik

KARL / MANTL /
POIER / PRISCHING /
ZIEGERHOFER

böhlau

2018



Steirisches Jahrbuch für Politik 2018

Herausgegeben von
Beatrix Karl
Wolfgang Mantl
Klaus Poier
Manfred Prisching
Anita Ziegerhofer

BÖHLAU VERLAG WIEN KÖLN WEIMAR

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2019 by Böhlau Verlag Ges.m.b.H & Co. KG, Wien Köln Weimar
Kölblgasse 8–10, 1010 Wien, www.boehlau-verlag.com

Gesamtredaktion: Klaus Poier, Graz
Veröffentlicht mit Unterstützung des Vereins für Politik und Zeitgeschichte
sowie des Landtagsklubs der Steirischen Volkspartei

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des
Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig.

Umschlaggestaltung: Michael Haderer, Wien
Satz: Bettina Waringer, Wien

ISBN 978-3-205-23155-4

Vorwort

Das Steirische Jahrbuch für Politik 2018 ist bereits die 19. Ausgabe dieses mittlerweile etablierten Standardwerks der Dokumentation und Analyse des steirischen Zeitgeschehens, eingebettet in den größeren österreichischen, europäischen und internationalen Zusammenhang. Leitmotiv der Herausgeberinnen und Herausgeber ist es, mit dem Steirischen Jahrbuch für Politik eine umfassende und pluralistische Darstellung der wesentlichen Entwicklungen der Politik und Gesellschaft in der Steiermark zu bieten, wobei die Kombination von authentischen Darlegungen und zeitnahen, kontextbezogenen Kommentierungen einen vertieften Einblick ermöglichen soll.

Die vorliegende Ausgabe des Steirischen Jahrbuchs für Politik ist in sechs Kapitel gegliedert. Zu Beginn steht unter der traditionellen Rubrik „Perspektiven der Zeit“ ein grundsätzlicher Beitrag des Industriellen und früheren Vizekanzlers bzw. Finanzministers Hannes Androsch, der unter dem Motto „Die Zukunft müssen wir uns erobern“ Perspektiven und Verbesserungspotenzial für Österreich aufzeigt.

Das zweite Kapitel „Steiermark und Österreich live“ ist – außerhalb der Schwerpunktkapitel – wieder wichtigen Ereignissen bzw. Entwicklungen und ihrer Analyse der österreichischen und steirischen Politik bzw. Gesellschaft im abgelaufenen Jahr gewidmet. An der Spitze steht ein Beitrag von Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, in dem er „neue Impulse zur Zukunft unserer Republik“ skizziert. Aus Anlass der Ratspräsidentschaft Österreichs 2018 analysiert der österreichische Europaminister aktuelle Herausforderungen auf europäischer Ebene, auf Herausforderungen in ihren jeweiligen Ressorts gehen drei steirische Bundesregierungsmitglieder ein. Die Bedeutung des „Jahrhundertprojekts Koralmbahn“ wird vom Kärntner Landeshauptmann analysiert. Anlässlich des jeweiligen Führungswechsels folgen Beiträge der neuen Bundesparteiobleute bei NEOS, JETZT und den Grünen (seitens der SPÖ wurde ein für das Jahrbuch zugesagter Beitrag leider dann doch nicht übermittelt). Weitere Beiträge in diesem Kapitel sind der digitalen Fragmentierung, der Regionalität im ORF am Beispiel des Landesstudios Steiermark, den Herausforderungen von Migration und Religion im Schulbereich, der ehrenamtlichen Flüchtlingsberatung, der Rückkehr des Wolfes und den diesbezüglichen Folgen für die Landwirtschaft sowie der Abschaffung der Zeitumstellung in Europa gewidmet. Das Kapitel endet mit vier Beiträgen zu Jubiläen im Jahr 2018: 100. Todestag Peter Rosegger, 800 Jahre Diözese Graz-Seckau sowie 100 Jahre Republik Österreich, mit einem Beitrag zur Eröffnung des „Haus der Geschichte Österreich“ sowie einem Rückblick auf das „Bleibende“ des Republiksjubiläumsjahres 2018.

Im dritten Kapitel des Jahrbuchs werden die Landtagswahlen im Jahr 2018 in Niederösterreich, Tirol, Kärnten und Salzburg aus politikwissenschaftlicher Sicht analysiert. Weiters finden sich Beiträge zur soziostrukturellen Repräsentation der Bevölkerung im Landtag Steiermark, zur Erstellung eines Buches, in dem die Farben der Steiermark eine besondere Rolle spielen, sowie schließlich zu Preis und Wert der österreichischen Bundesländer aus ökonomischer Sicht, für den Fall, dass man diese – satirisches Gedankenexperiment in einer Fernsehsendung 2018 – verkaufen wollte oder müsste.

Im vierten Kapitel wird die aktuelle Diskussion um Gesundheitspolitik und Reformen im Gesundheits- sowie Sozialversicherungsbereich aus unterschiedlicher Perspektive beleuchtet. Weiters findet sich jeweils ein Pro- und Contra-Beitrag zum Thema des abgegangenen Rauchverbots in Gastronomiebetrieben. Dem aktuellen und brisanten Thema des Fachkräftemangels geht das fünfte Kapitel des Jahrbuchs nach, mit Beiträgen aus dem Bereich der Politik, der Arbeiter- und der Wirtschaftskammer sowie des Arbeitsmarkteservices. Das abschließende sechste Kapitel des vorliegenden Jahrbuchs ist wieder einem „Weltpanorama“ gewidmet. Beiträge finden sich zum Brexit, zu Parlamentswahlen und Regierungsbildung in Italien, zu den Kongresswahlen in den USA, zur aktuellen Entwicklung in Südosteuropa sowie zur aktuellen Lage der Europäischen Union. Jahresrückblick, Bildteil sowie Zusammenstellung der Wahlergebnisse seit 1945 finden sich auch im Anhang des Jahrbuchs 2018.

Großer Dank der Herausgeberinnen und Herausgeber gilt den 44 Autorinnen und Autoren dieses Jahrbuchs für ihre facettenreichen und spannenden Beiträge. Für die organisatorische und redaktionelle Mitarbeit danken wir ganz besonders Gudrun Bergmayer, Antonia Csuk, Bakk., Mag.^a Katharina Holzmann, Herta Miessl, Mag. Manuel P. Neubauer, Mag.^a Lena Pirzl und Julia Radl sowie Johann Trummer und Mag.^a Daniela Orthaber, der wir auch für die jahrelange organisatorische Betreuung des Jahrbuchs herzlich danken und für die neue berufliche Herausforderung das Allerbeste wünschen. Ebenso gilt unser Dank dem Böhlau Verlag, namentlich Mag.^a Eva Buchberger, Dr.ⁱⁿ Claudia Macho sowie Mag.^a Bettina Waringer und Michael Rauscher für die Herstellung.

Mit dem Steirischen Jahrbuch für Politik 2018 können wir wieder eine umfassende pluralistische Darstellung und Analyse der politischen und zeithistorischen Entwicklung in der Steiermark bzw. der Rahmenbedingungen vorlegen. Die Herausgeberinnen und Herausgeber sind stolz auf das qualitativ hochwertige Werk und hoffen wie stets auf entsprechende Resonanz.

Klaus Poier, Gesamtdirektor und Mitherausgeber

Inhalt

Steirisches Jahrbuch für Politik 2018

Vorwort	5
Perspektiven der Zeit	
<hr/>	
<i>Hannes Androsch</i>	
Perspektiven für Österreich	13
Steiermark und Österreich live	
<hr/>	
<i>Hermann Schützenhöfer</i>	
Neue Impulse zur Zukunft unserer Republik	21
<i>Gernot Blümel</i>	
EU-Ratspräsidentschaft: eine positive Bilanz	25
<i>Juliane Bogner-Strauß</i>	
Herausforderungen sind dazu da, um sie anzunehmen!	31
<i>Mario Kunasek</i>	
Österreichs Verteidigungspolitik: Ziele und Herausforderungen einer europäischen Sicherheitsvorsorge	35
<i>Hartwig Löger</i>	
Budgetpolitik: Ziele und Herausforderungen	41
<i>Peter Kaiser</i>	
Chancengerechtigkeit für Kärnten: Das Jahrhundertprojekt Koralmbahn	47
<i>Beate Meini-Reisinger</i>	
Führungswechsel bei NEOS	51
<i>Maria Stern</i>	
Frauen-Power an der Spitze von JETZT – Liste Pilz	55
<i>Werner Kogler</i>	
Zur Standortbestimmung der Grünen: mit Wissen und Gewissen!	61
<i>Christoph Bezemek</i>	
Digitale Fragmentierung? Anmerkungen zum demokratischen Diskurs im Informationszeitalter	65
<i>Manfred Prisching</i>	
Die Ausweitung der konstruktiven Zensur	71
<i>Gerhard Draxler</i>	
Regionalität – Identität – Diversität als Erfolgsstrategie des ORF Steiermark	75

<i>Elisabeth Meixner</i>	
Migration, Religion und Schule: aktuelle Herausforderungen für PädagogInnen	79
<i>Julia Bauer</i>	
Ehrenamtliche Asylrechtsberatung – Ressourcenverschwendung oder hilfreiches Engagement?	87
<i>Johann Seitinger</i>	
Die Rückkehr des Wolfes	91
<i>Manfred Walzl</i>	
Wenn der Zeit die Stunde schlägt	95
<i>Gerald Schöpfer</i>	
Zum 100. Todestag von Peter Rosegger: Was bleibt?	101
<i>Wilhelm Krautwaschl</i>	
800 Jahre Diözese Graz-Seckau	105
<i>Monika Sommer</i>	
Das Haus der Geschichte Österreich – ein Aufbruch ins Ungewisse	111
<i>Helmut Konrad</i>	
2018 – ein Jubiläumsjahr mit neuen Akzenten	117
Landtagswahlen 2018	
<hr/>	
<i>Martin Dolezal</i>	
Die niederösterreichische Landtagswahl 2018	123
<i>Lore Hayek/Marcelo Jenny</i>	
Die Landtagswahl in Tirol 2018	129
<i>Kathrin Stainer-Hämmerle</i>	
Die Kärntner Landtagswahl 2018	135
<i>Franz Fallend</i>	
Zwischen „Salzburger Weg“ und „Kurz-Effekt“: eine Analyse der Salzburger Landtagswahl 2018	139
<i>Heinz P. Wassermann</i>	
„I bin’s, dei Abgeordneter“	149
<i>Alexander Kada</i>	
Buchpublikation „Steiermark – Leute, Leben, Land“	163
<i>Michael Steiner</i>	
Österreichs Bundesländer for Sale!	165
Gesundheitspolitik	
<hr/>	
<i>Christopher Drexler</i>	
Von vielen gefordert, von wenigen gewollt	173

<i>Josef Harb</i>	
Veränderung um jeden Preis – ein gefährliches Experiment	177
<i>Herwig Lindner</i>	
Reform und Realität	181
<i>Thomas Szekeres</i>	
Österreich braucht einen Nichtrauchererschutz	185
<i>Heinz-Christian Strache</i>	
Warum wir kein Rauchverbot brauchen	191

Fachkräftemangel

<i>Barbara Eibinger-Miedl</i>	
Die Steiermark – ein guter Boden für Talente	199
<i>Josef Pesserl</i>	
Lehrlings- und Fachkräftemangel: attraktivere Arbeitsbedingungen, Aus- und Weiterbildung!	203
<i>Josef Herk</i>	
21st Century Skills oder: Die Frage, wie das heimische (Aus-)Bildungswesen in Zeiten des Fachkräftemangels aussehen sollte	207
<i>Karl-Heinz Snobe</i>	
Rezepte gegen den Fachkräftemangel	211

Weltpanorama

<i>Melanie Sully</i>	
Brexit 2018 – das Jahr der Verzögerung	217
<i>Günther Pallaver</i>	
Signori, si cambia!	221
<i>Reinhard Heinisch</i>	
Die Kongresswahlen 2018 als Abstimmung über Präsident Trump	227
<i>Franz-Lothar Altmann</i>	
Zur aktuellen Entwicklung Südosteuropas	241
<i>Anita Ziegerhofer</i>	
Die Europäische Union 2018	247

Anhang

Bildteil	255
<i>Klaus Hatzl</i>	
Jahresrückblick 2018	263
Fotonachweise	284
Wahlergebnisse seit 1945	285
Autorinnen und Autoren	299

Perspektiven der Zeit

Perspektiven für Österreich

„Die Zukunft müssen wir uns erobern“

Seit nunmehr 73 Jahren leben wir in Österreich in einer Periode des Friedens, der Freiheit und des wachsenden Wohlstands. Damit das so bleibt, müssen wir uns den wesentlichen Herausforderungen der Zukunft stellen: der Überalterung unserer Gesellschaft, der Digitalisierung sowie dem Klimawandel.

Die wirtschaftliche Basis und Standortattraktivität mit unserer leistungs- und konkurrenzfähigen Industrie sowie den zahlreichen „Hidden Champions“ gilt es zu erhalten und zu fördern. Speziell für kleine Volkswirtschaften ist ein florierender Außenhandel zum Königsweg geworden, um in einer vernetzten Weltwirtschaft zu reüssieren. So hat die Euphorie über die von Jahr zu Jahr wachsenden Exporterfolge auch strukturelle Mängel verdeckt, die seit vielen Jahrzehnten evident sind. Denn gleichzeitig zu den Exporten sind auch die Importe in fast ebensolcher Größenordnung gestiegen.

Wir sind unnötig überreguliert und damit überbürokratisiert. Wir sind sicher nicht im Spitzenfeld, was ökonomische Freiheit angeht, und das führt dazu, dass wir unsere Wettbewerbsposition in den letzten 10 bis 20 Jahren um einiges verschlechtert haben. Das gilt auch für das Ausmaß der Innovationsdynamik. Es existiert viel zu wenig Risikokapital. Wollen junge Menschen ein Unternehmen gründen, haben sie es schwer, einen Kredit zu bekommen. Eine Firmengründung gleicht in Österreich einer Staatsaffäre. Und wer es dennoch gewagt hat, jedoch gescheitert ist, sollte nicht als Versager abgestempelt, sondern vielmehr als Mensch gesehen werden, der es zumindest einmal versucht hat.

Industrielle Tätigkeit hatte hierzulande nie ein besonders hohes gesellschaftliches Prestige. Das hat lange Tradition. Es mangelt bereits seit der Monarchie nicht nur an privatem Kapital für Industrieprojekte, sondern auch an kompetenten Unternehmerpersönlichkeiten. Die Tatsache, warum in Österreich die Gruppe selbstbewusster, eigenverantwortlicher und eigeninitiativer Menschen so überschaubar ist, mag wohl historisch bedingt sein. Es braucht Rahmenbedingungen, um selbstbewusste Menschen – heute spricht man vom Mittelstand – zu ermöglichen, die Vertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit haben, kontroverse Debatten nicht scheuen, optimistisch in die Zukunft blicken

sowie Probleme aus eigener Kraft lösen wollen und können. Entrepreneurship heißt, Ideen, Mut und Courage zu beweisen. Wenn der rechtliche Rahmen enger wird, muss man selbst weltoffenen neue Wege suchen und nicht engstirnig auf Lösungen „von oben“ warten.

Bei all den Modernisierungsschüben, die wir erlebt haben und erleben, ist die Skepsis gegenüber allzu eifrigen Reformern immer bestehen geblieben. Diskussionen neuer Ideen werden vornehmlich in kleinen, elitären Zirkeln geführt, und kommt es schließlich zu entscheidenden Wendungen, dauert es meist Jahrzehnte, bis die positiven Effekte politischer Reformen in der breiten Masse ankommen und sichtbar werden.

Große Reformprojekte sind außerdem immer mit der Gefahr behaftet, den, der sie initiiert, unpopulär werden zu lassen. Österreich hat an vielen Ecken und Enden Reformbedarf. Um Antworten zu finden, braucht es mehr denn je starke, visionäre Persönlichkeiten, die sich gegen den Strom zu schwimmen getrauen und entweder kein Amt zu verlieren oder keine Angst davor haben.

Die Fragmentierung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern beeinträchtigt viele Bereiche in der Politik. Eine Abschaffung der Bundesländer wäre dennoch nicht die richtige Antwort, da sie in der wechselvollen österreichischen Geschichte eine Quelle der Identität darstellen. Der aus dem Ruder gelaufene Länderföderalismus hingegen bedarf einer Restrukturierung. Er ist mit ein Grund, warum in vielen Bereichen unseres Landes Doppelgleisigkeiten in Form zahlloser Leerkilometer zulasten künftiger Generationen absolviert werden. Vom Erbe der Monarchie gibt es sicher vieles zu bewahren, allen voran die Idee des Vielvölkerreiches. Überdimensionierte Verwaltungsstrukturen und realpolitisch überbewertete Regionalpolitiker gehören aber sicher nicht dazu.

Unternehmensstandort mit Verbesserungspotenzial

Wir haben fleißige Leute, wir haben kreative Leute, sonst hätten wir nicht die Erfolge im Export und wären nicht weltweit eines der erfolgreichsten Länder im Tourismus. Das sind die positiven Seiten. Verbesserungsnotwendigkeit haben wir im Bildungsbereich, im Wissenschaftsbereich und in der Umsetzung der Digitalisierung.

Die Regierung ist erst ein Jahr im Amt und es ist zu früh, Ergebnisse zu beurteilen. Bisher gibt es viele, wenn auch hohle Ankündigungen, aber noch wenig wurde umgesetzt. Teilweise machen wir sogar Rückschritte, etwa im Bildungsbereich, im Gesundheitsbereich, siehe Rücknahme des Rauchverbots in der Gastronomie, oder der Unfallversicherung. Auch der machtpolitische Zirkus rund um die Krankenkassen ist ein Rückschritt. Im Bereich der Universitäten und der Grundlagenforschung machen wir keine Fortschritte im Vergleich zu München, Heidelberg oder der ETH Zürich, geschweige denn zu Oxford oder Cambridge.

Die Gesellschaft vergeist, es kommen weniger Junge nach und wir tun so, als ob uns das alles nicht berührt. Das betrifft nicht nur den universitären Bereich, sondern auch

die Bildung und Ausbildung von Facharbeitern wie etwa das private Pflegepersonal, das touristische Personal, Mitarbeiter im Baubereich, Köche und Reinigungspersonal. Wir haben einen großen Mangel, und dennoch schieben wir in ökonomisch törichter Weise brutal und ruchlos Lehrlinge ab, weil die Bundesregierung populistisch glaubt, damit in der Bevölkerung Unterstützung zu finden.

Unser Bildungswesen ist noch nicht einmal am Höhepunkt des Industriezeitalters angekommen und demnach hoffnungslos veraltet, was die Vermittlung notwendiger Qualifikationen sowie der nötigen Flexibilität im digitalen Zeitalter betrifft. Der Bildungsstandard der Bevölkerung wird jedoch darüber entscheiden, ob wir in einer digitalen Welt bestehen können und wie wir den Anforderungen von künstlicher Intelligenz begegnen. Die Angst, diese Entwicklung könnte den Menschen die Arbeit rauben, ist völlig illusorisch – im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel, einer alternden Gesellschaft, geradezu absurd.

In den vergangenen 300 Jahren haben nach allen historischen Erfahrungen neue Technologien die benötigten Arbeitsplätze nicht verringert, sondern vermehrt. Man braucht Spezialisten, die das digitale Zeitalter beherrschen. Wir werden in Zukunft einen noch größeren Bedarf an Pflegepersonal und Bildungspersonal haben. Wir leiden nicht an einem Überangebot an Arbeitskräften, sondern an einem Defizit. Hier wird eine Angst geschürt, die ganz konträr zu den tatsächlichen Gegebenheiten steht.

Unzweifelhaft werden in der „kreativen Ökonomie“ vor allem höher qualifizierte Fähigkeiten nachgefragt und entsprechend bezahlt werden. Für die Übrigen bleibt lediglich die „Gig Ökonomie“, d.h. gering bezahlte Tätigkeiten bei formeller Selbständigkeit (Stichwort „Ich-AGs“), aber hoher Abhängigkeit, oder Null-Stunden-Verträge, bei denen auch die Fixierung von Mindestlöhnen wirkungslos ist und die Gefahr des Prekariats droht. Nur wenige sorgen sich bislang um diese Entwicklung, obwohl sie zu gewaltiger sozialer Ungleichheit führen muss.

Die Auswirkungen des demografischen Wandels, einer alternden Bevölkerung, bei der geburtenstarke Jahrgänge mit steigender Lebenserwartung in den Ruhestand gehen und geburtenschwache Jahrgänge in den Arbeitsprozess folgen, erzeugen in Europa, dessen Bevölkerung rund 50 Prozent der weltweiten Sozialausgaben konsumiert, schon derzeit einen beträchtlichen Arbeitskräftemangel. Das Problem der Sicherung der Sozialsysteme wird in absehbarer Zeit hinzukommen.

Auch wenn die Themen „Digitalisierung“, „Roboterisierung“ und „Industrie 4.0“ schon seit längerem und auch auf breiter Ebene diskutiert werden, gilt das nicht in gleichem Ausmaß für die damit verbundenen Veränderungen im Bereich der Wirtschaft. Dabei zeigt schon ein Blick auf die Entwicklungen der vergangenen Jahre, welche weitreichende Umwälzungen gerade im Unternehmensbereich stattfinden.

Sieben der heute zehn wertvollsten Unternehmen der Welt sind Internet-Giganten, die fünf führenden – Apple, Google/Alphabet, Microsoft, Amazon und Facebook – zu-

dem amerikanischen Firmen. Dicht gefolgt werden sie von den chinesischen Tech-Riesen Alibaba, Tencent und Baidu, Firmen aus Europa finden sich hingegen nicht in der Top-Liste. Erst auf Platz 17 liegt Royal Dutch Shell als wertvollstes europäisches Unternehmen; bestplatziertes IT-Unternehmen ist die deutsche SAP auf Rang 62 (bzw. 12 im Technologieranking). Alle diese neuen IT-Firmen gab es vor 20 Jahren noch nicht – oder sie waren damals bedeutungslos. Schon dieser Umstand zeigt den gewaltigen Umbruch, den unser Wirtschaftssystem derzeit erfährt. Es wandelt sich hierbei von der materiellen Wirtschaft mit vormals rauchenden Schloten und bislang riesigen Produktionsanlagen (Tangibles) zu einem immateriellen System, das auf geistigem Eigentum, Patenten, Software, Unternehmensprozessen sowie hochqualifizierten Mitarbeitern beruht (Intangibles). Schon jetzt werden in den Industrieländern für jeden Euro an Investitionen in Tangibles 1,15 Euro für Investitionen in Intangibles ausgegeben. Wir steuern ins Zeitalter des digitalen Kapitalismus ohne sichtbares Kapital.

Wachstum ohne zusätzliche Investitionen

Diese Entwicklung ist u.a. dadurch gekennzeichnet, dass die zusätzlichen Kosten für höheren Ausstoß nahezu Null betragen. Sie erzielen also Wachstum ohne zusätzliche Investitionen, weil die Grenzkosten keine Rolle spielen, einerlei, ob der Ausstoß eine Million oder eine Milliarde beträgt. Diese neue Plattformökonomie, also die systemische Vernetzung von Hardware- und Softwareprodukten, monetarisierbaren Daten und Services, zeigt sich am deutlichsten bei den erwähnten Internet-Giganten, aber auch bei Uber oder Airbnb. Aufgrund ihrer gewaltigen, oligopolistischen Marktdominanz haben sie inzwischen auch beträchtliche politische Macht und durchdringen zunehmend alle Lebensbereiche, bis hin zur Beeinflussung unseres Konsum- und Wahlverhaltens. Sie bewegen sich auf den gewinnträchtigen oberen Ausschlägen der sogenannten „Smiling Curve“, wo die Wertschöpfung am größten ist, während sich die Zulieferer der Hardware in der Wertschöpfungskette an der wenig ertragreichen Talsohle abmühen. Und schließlich zahlen sie auch kaum Steuern, da diese nationalstaatlich eingehoben werden, die Tech-Giganten aber global tätig sind und damit ihre Besteuerung völlig legal – wenngleich nicht unbedingt moralisch legitim – an die für sie am günstigsten Orte verlegen können. Zudem gibt es bislang kein Steuermodell, das ihren wichtigsten Rohstoff – die Daten – und ihre tatsächlichen, wenngleich virtuellen Betriebsstätten erfassen könnte.

In Österreich wie in Europa fehlen global bedeutsame IT-Großunternehmen, auch insgesamt gibt es enormen digitalen Aufholbedarf. Um wieder Anschluss zu finden, sind zeitgemäße (Aus-)Bildungssysteme ebenso notwendig wie entsprechende Forschungsanstrengungen. Kein europäisches Land kann dies allein bewältigen, dazu bedarf es gemeinsamer europäischer Anstrengungen.

Soll Österreich auch in der Welt von morgen bestehen, so muss es sich seiner historischen Tugenden besinnen und nicht naiv den falschen Vorbildern folgen. Alpen-Orbanismus und Austro-Trumpismus sind das genaue Gegenteil dessen, was den Erfolg Österreichs einst ermöglicht hat.

Angesichts der Vielzahl und Komplexität der Herausforderungen kann die Lösung nicht in der Rückkehr zum Nationalstaat liegen. Nur im Verbund der europäischen Staaten hat Österreich eine Chance, nicht in die Bedeutungslosigkeit abzurutschen und zum Spielball der Mächtigen zu verkommen. Es kann nur mit der EU gelingen, effektive Akzente zu setzen, sei es bei der Friedenssicherung an den Rändern Europas, bei der Bekämpfung der Klimakrise, bei der Bewältigung der digitalen Transformation oder des demografischen Wandels einer alternden Gesellschaft.

Außerdem muss sich Österreich besser als bisher auf die globalen Herausforderungen vorbereiten. Es bedarf dringend entschlossener Aufhol- und Modernisierungsanstrengungen etwa im Bildungswesen oder im Forschungs- und Innovationssystem, vor allem aber im Bereich von künstlicher Intelligenz, Cyber Physics und Digitalökonomie.

Wenn es gelingt, diese Gesellschaftsvision nicht nur für die Menschen, sondern gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu gestalten und auf diesem Weg auch deren Befürchtungen hinsichtlich Überwachung und „digitaler Diktatur“ ernst zu nehmen, kann es gelingen, die beträchtlichen Chancen der Digitalisierung, Roboterisierung und künstlichen Intelligenz tatsächlich zum Vorteil nicht nur weniger Tech-Giganten, sondern aller Menschen in Österreich zu nutzen.

Steiermark und Österreich live

Neue Impulse zur Zukunft unserer Republik

Unter dem Titel „Österreich 22 – Neue Impulse für die Zukunft unserer Republik“ fand im Oktober 2018 nach der Premiere im Jahr 2016 die zweite Zukunftskonferenz in der Aula der Alten Universität in Graz statt. Führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft kamen auf meine Einladung hin zusammen, um eine Standortbestimmung Österreichs vorzunehmen und daraus kurz-, mittel- und langfristige Perspektiven auszuloten. Der Titel „Österreich 22“ weist bereits darauf hin, denn es geht einerseits darum, was in den nächsten Jahren bis 2022 konkret getan werden kann, soll und muss. Andererseits geht es insbesondere um das Bild, das wir von Österreich bis zum Ende dieses Jahrhunderts haben wollen, welche Ziele und Positionierung bis zum Beginn des 22. Jahrhunderts erreicht werden sollen.

Schon mit dem ersten Symposium „Österreich 22 – Überlegungen zur Zukunft unserer Republik“ im Oktober 2016 sollte ein begleitender Prozess eingeleitet werden, der Bewegung in dieses Land bringt. Zu starr und reformunwillig schien die Politik in dieser Republik. Im Wissen, dass wir nicht mit einem Schlag die Welt verändern würden, wollten wir zumindest wichtige Impulse und Anstöße geben, um wieder zum Handeln und zum Vorausdenken zu gelangen. Wir wollten gemeinsam mit vielen anderen, denen die Zukunft unserer Republik am Herzen liegt, Lobbyisten für die Zukunft unserer Republik sein. Es darf mit Fug und Recht behauptet werden, dass dieses Vorhaben auf einem guten Weg ist. Dazu beigetragen hat auch, dass sich die Rahmenbedingungen auf bundespolitischer Ebene seit der ersten Konferenz verändert haben. Anders als im Jahr 2016 erleben wir nun wieder eine Bundesregierung, die handelt, die agiert, die ein ambitioniertes Arbeitsprogramm vorgelegt und auch den Mut zu Reformen hat. Der die Republik in manchen Bereichen lähmende Stillstand wurde überwunden. In der Steiermark haben wir mit mutigen Reformen dafür gesorgt, dass unsere Heimat ein Land mit Zukunft bleibt und vieles, was früher umstritten war, wogegen protestiert wurde, wird heute von einer großen Mehrheit akzeptiert. Der Mut zu Reformen ist ein Gebot der Stunde! Ich unterstütze Bundeskanzler Sebastian Kurz und seine Bundesregierung darin, echte Reformen zu wagen und den Österreicherinnen und Österreichern damit neue Perspektiven für die Zukunft zu eröffnen. Es liegt in der Natur der Sache, dass es zu den

einzelnen Maßnahmen auch Widerspruch und teilweise auch Widerstand gibt. Das war beispielsweise im Zuge der Gemeindestrukturereform in der Steiermark so, das ist auch bei den gegenwärtigen Reformmaßnahmen im Land wie im Bund der Fall.

Wichtig erscheint mir, und „Österreich 22“ bestärkt mich darin, den Blick auf das große Ganze nicht zu verlieren. Es geht eben nicht um die schnelle Schlagzeile am nächsten Morgen, sondern um die Zukunft unseres Landes, unserer Republik. Im Zuge der Konferenz wurden mehrere Themenbereiche als besonders wichtig identifiziert. Dazu zählen etwa die Positionierung Österreichs in Europa, die Sicherung der Position als international konkurrenzfähiger, sozial und ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsstandort, der Klimaschutz, eine gelingende Integration und geordnete Migration sowie ein weltoffenes Klima für Kunst, Kultur und Medien. Betrachtungen zu diesen und allen weiteren Themen finden sich im Buch zur Konferenz, das gleichsam als Nachlese und Sammlung der vielfältigen Impulse dient. An dieser Stelle sollen exemplarisch zwei Themenfelder näher betrachtet werden, die für die Steiermark von besonderer Bedeutung sind, nämlich die Herausforderung Digitalisierung sowie der absolute Vorrang für Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Die Digitalisierung sämtlicher Lebensbereiche schreitet unaufhaltsam voran. Viele Menschen ziehen E-Books mittlerweile dem gedruckten Exemplar vor, in den Autos haben Navigationssysteme schon längst das Kommando übernommen, gefaltete Stadtpläne aus Papier wurden schnell zu Exoten. Und es gäbe noch unzählige Beispiele, wie sehr die binäre Welt unser Leben verändert hat und noch weiter verändern wird. Die digitale Transformation hält bereits in dutzenden Alltagssituationen Einzug. Von vielen wird diese Veränderung freudig empfangen, bei manchen Menschen machen sich allerdings auch Sorgen und Ängste breit – diese gilt es offen anzusprechen und ihnen entgegenzuwirken. Denn eines ist klar, neue Technologien bringen auch neue Perspektiven. Die Aufgabe der Politik und der Verantwortungsträger im Land ist es, alles dafür zu tun, um die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass die Steiermark von der voranschreitenden Digitalisierung als Profiteur hervorgeht. Waren früher Autobahnen und Schienenverbindungen Symbole für eine gute Infrastruktur in einer Region, so ist mittlerweile auch eine leistungsfähige Anbindung an die Datena Autobahnen essentiell. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass das sogenannte Internet der Dinge immer stärker in alle Lebensbereiche unseres Alltags vordringt. In manchen Haushalten ist bereits Realität, was vor einigen Jahren noch als Science-Fiction in den Kinos zu sehen war. Waren im Jahr 2016 noch sechs Milliarden Geräte mit dem Internet verbunden, sollen es – so die Prognosen – bis 2020 über 20 Milliarden sein. Eine verantwortungsvolle Politik muss bereits heute die Weichen für morgen stellen. Dementsprechend ist auch auf diesen Wandel in der Kommunikation und die neuen infrastrukturellen Bedürfnisse einzugehen und sind die notwendigen Schritte zu setzen, um den zukünftig zu übertragenden digitalen Datenmengen gerecht zu werden.

Wir leben heute in einem der wohlhabendsten Staaten der Welt und einem überwiegenden Teil der Menschen in diesem Land geht es so gut wie nie zuvor – ohne dabei jene Mitmenschen zu übersehen, die in keiner angemessenen Weise an diesem Wohlstand partizipieren können. Wir haben hohe Sozialstandards, eine zum großen Teil intakte Umwelt, beste Lebensqualität. Österreich ist eines der sichersten Länder dieser Welt – alles in allem also wirklich ein Ort, an dem es sich zu leben lohnt. Die Geschichte dieses Landes lehrt uns aber eben auch, dass diese Errungenschaften keine Selbstverständlichkeit sind, die ohne Zutun geschehen. Schon Erzherzog Johann, der große steirische Reformers, hat im Gründungsstatut des Joanneum im Jahr 1811, also vor fast 200 Jahren das festgeschrieben, was für die Zukunftsentwicklung unseres Landes auch heute noch von großer Aktualität und Wichtigkeit ist: „Stete Entwicklung, unaufhörliches Fortschreiten ist das Ziel des Einzelnen, jedes Staatenvereines, der Menschheit. Stillestehen und Zurückbleiben“ sei schädlichst. Daraus und aus den anregenden Diskussionen im Zuge von „Österreich 22“ ableitend kann man festhalten, dass wir uns auf die Stärken unseres Landes konzentrieren müssen, wenn wir wollen, dass es auch in Zukunft Arbeitsplätze gibt. Diese Stärken liegen sicher nicht in billigen Arbeitskräften, sondern in den hellen Köpfen und den vielfältigen Talenten der Steirerinnen und Steirer. Schon heute ist die Steiermark mit einer Forschungs- und Entwicklungsquote von über fünf Prozent das innovativste Bundesland Österreichs und führend im Europa der Regionen. Diese Position gilt es, zu festigen, denn Forschung und Entwicklung sind der Schlüssel zur Zukunft der Arbeit. Der Fortschritt findet statt. Das ist unumstößlich. Mit dem Fokus auf Forschung und Entwicklung sorgen wir dafür, dass wir die Welt von morgen aktiv mitgestalten und nicht davon abhängig sind, was andere entscheiden. Der Grundstein dafür wird bei unseren Jüngsten gelegt. Erstklassige Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, die beste Berufsausbildung, exzellente Hochschulen und innovative Unternehmen sind das, was es braucht, um die Steiermark als Land der Talente in die Zukunft zu führen und die Erfolgsgeschichte dieses Landes fortschreiben zu können.

Abschließend gilt es noch, in aller Kompaktheit jene drei Punkte anzuführen, die für mich das Destillat des „Österreich 22“-Prozesses darstellen:

Wenn wir auch in Zukunft zu den reichsten Nationen der Welt gehören wollen, müssen wir in den Bereichen Wissenschaft, Forschung und Innovation an der Spitze bleiben. Dafür gilt es, die Rahmenbedingungen zu schaffen. Wenn wir in diesen Bereichen vorne sind, haben wir den Fuß in der Tür zur Arbeit der Zukunft.

Wenn wir in den kommenden Jahrzehnten als kleine Nation wettbewerbsfähig bleiben wollen, brauchen wir das effizienteste Staatsgebilde und damit einen modernen Föderalismus. Das gilt auch für die Europäische Union! Nur starken Regionen, die demokratische Entscheidungen nah an ihren Bürgerinnen und Bürgern treffen, wird es nachhaltig gelingen, den Mehrwert des europäischen Projekts zu vermitteln, den europäischen Gedanken zu stärken und eine gemeinschaftliche Vision zu entwickeln.

Und schließlich der dritte Punkt: Europa allgemein und Österreich speziell zeichnen sich im internationalen Vergleich durch ein großes Maß an Lebensqualität sowie durch höchste Sozial- und Umweltstandards aus. Empfinden wir diese Umstände nicht als Wettbewerbsnachteil, sondern arbeiten wir daran, dass wir diese Standards zum Exportschlager machen können!

EU-Ratspräsidentschaft: eine positive Bilanz

Österreich hatte in der zweiten Jahreshälfte 2018 zum dritten Mal den Vorsitz im Rat der Europäischen Union inne – und damit Möglichkeit und Chance, Schwerpunkte zu setzen, mit denen die EU in die richtige Richtung weiterentwickelt werden kann.

Mit unserem Motto „Ein Europa, das schützt“ haben wir drei große, wesentliche Themenbereiche definiert: Sicherheit und der Kampf gegen illegale Migration, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit sowie Stabilität in der Nachbarschaft.

Neben diesen großen europäischen Herausforderungen waren wir aber in diesem Halbjahr auch mit einem ganz neuen Aspekt in der Geschichte der Europäischen Union konfrontiert: Erstmals hat sich ein Land dazu entschieden, die Europäische Union zu verlassen. Kaum jemand hatte dies für möglich gehalten und die meisten Beobachter hatten noch zum Zeitpunkt der Abstimmung mit einem anderen Ausgang gerechnet. Der Brexit hat gezeigt, was passieren kann, wenn aus Populismus Realität wird. Die restlichen EU-Staaten – die nun EU-27 – jedoch ziehen bei diesem Thema so sehr an einem Strang wie selten zuvor. Die Verhandlungen für das Austrittsabkommen während unseres Vorsitzes sind sehr intensiv, fordernd und äußerst umfangreich gewesen. Als Vorsitz war es insbesondere unsere Aufgabe, EU-Chefverhandler Michel Barnier bestmöglich zu unterstützen und die Einigkeit und Gemeinschaft der 27 verbleibenden Mitgliedstaaten sicherzustellen. Und es ist uns gelungen, auf EU-Seite die professionelle Abwicklung des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union zu gewährleisten. Es wurde lange verhandelt und ein Ergebnis erzielt, das den kleinstmöglichen Schaden für beide Seiten darstellt. Dieses muss jedoch in Großbritannien noch Zustimmung finden. Zum jetzigen Zeitpunkt wissen wir nun zwar, was die Briten nicht wollen. Jedoch noch nicht, was sie wollen. Die EU-27 sind sich auch jetzt einig: Ein Aufschnüren und Neuverhandeln des Austrittsabkommens wird es jedenfalls nicht geben.

Parallel dazu haben wir den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen und somit das gemeinsame EU-Budget der nächsten Jahre verhandelt. Während des österreichischen Vorsitzes konnten auch hier weitreichende Fortschritte erzielt werden: Wir haben es geschafft, eine vollständige Verhandlungsbox vorzulegen und haben damit unserem